Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 6 (1926-1927)

Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Außenpolitische Spannungen: Der Zonenhandel. Die Zwischenfälle von Bellinzona und Genf. Die Gefahren des Völkerbundssitzes. — Zur Murtenfeier.

In der verflossenen Berichtszeit haben Fragen der Außenpolitik Bundesversammlung und Öffentlichkeit in einem Maße beschäftigt, wie seit langem nicht mehr. Das hat einmal seinen Grund in dem Umstand, daß der jeweils in der Juni-Session zur Behandlung kommende Geschäftsbericht des Bundesrates, der ja auch ein Kapitel über die Beziehungen zum Ausland enthält, immer gerne zum Anlaß für eine kleine außenpolitische Debatte genommen wird. Ferner bot die Behandlung des bundesrätlichen Berichtes über die VI. und die außerordentliche Völkerbundsversammlung vom März dieses Jahres einen geeigneten Anknüpfungspunkt zur Äußerung von Bedenken über die Gefahren und Nachteile, die uns aus der Zugehörigkeit zum Völkerbund entspringen. Und schließlich sorgten, neben der wieder allgemein recht gespannten Lage in der internationalen Politik — wie sie sich u. a. in dem fortschreitenden Zerfall des Völkerbundes oder in dem Wiederauftauchen Poincarés am politischen Horizonte ausdrückt — auch einige „Zwischenfälle" dafür, daß die Erörterungen sich nicht auf der Ebene grauer Theorie bewegten.

Die Lage der Schweiz ist außenpolitisch nach wie vor dadurch gekennzeichnet, daß seit den Friedensschlüssen von 1919/20 ein einseitiger „Druck" an unserer West- und Südgrenze besteht, dem kein Gegendruck an der Nord- und Ostgrenze entspricht. Oberstkorpskommandant Biberstein hat in der neusten Nummer der „Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung" (Schwabe, Basel) diese Lage u. a. so geschildert:

> „Aus der Feststellung dieser Tatsachen (der europäischen Rüstungsverhältnisse u. s. w.) ergibt sich für uns die Schlußfolgerung, daß einzelne militärisch schwache Nachbarn für uns eine viel größere Gefahr bedeuten können, als eine gleichmäßig starke, aber gegenseitig in dauernd guten Beziehungen stehende Nachbarschaft oder aber Nachbarn, die in ungleichmäßig guten Beziehungen stehen, aber sich in ihrem Kräfteverhältnis gegenseitig die Wage halten... Unsere politischen Erfahrungen nach dem Kriege haben in uns das Gefühl erweckt, daß uns durch die Zertrümmerung des ehemaligen politischen Gleichgewichts ein fester Rückhalt verloren ging und unsern staatlichen Interessen und unsern Rechten vom näheren Ausland nicht immer diejenige zarte Rücksicht zuteil wird, auf die wir Anspruch haben. Wir sind mehr auf uns selbst und unsere eigenen Rechts- und Machtmittel gestellt als früher und gleichzeitig mehr vom Wohlwollen oder Übelwollen mächtiger Nachbarn abhängig."

Nun hat allerdings seit etwa zwei Jahren, zusammenhängend mit dem allgemeinen Machtniedergang Frankreichs, der Druck von Westen abgenommen, im Gegensatz zu demjenigen von Süden, der in ständigem Wachsen begriffen oder zum mindesten in stets gleicher Stärke vorhanden ist. Dazu kommt, daß Frankreich im Augenblick seiner Machthöhe zur Zeit der Ruhrbesetzung kurz entschlossen zugegriffen und eines seiner einstweiligen politischen Machtziele: die wirtschaftliche Umklammerung Genfs durch Aufhebung der Freizonen, verwirklicht hat. Die französische Politik befindet sich — in diesem Punkte — also der Schweiz gegenüber in Verteidigungsstellung. Ihre Berechnung, daß die Schweiz den notwendigen aktiven außenpolitischen Willen zur Wiedereroberung der verlorenen Position nicht aufzubringen vermöge, dürfte sich dabei als richtig erwiesen haben.

Denn ist schon die Zonenschiedsordnung vom Oktober 1924 — nach unserer damals zur Genüge verfochtenen Überzeugung — eine verschleierte Kapitulation vor dem französischen Gewaltakt vom 10. November 1923 gewesen, so zeigt das seitherige offizielle Verhalten gegenüber der französischen Ver-

schleppungstaktik mit aller Deutlichkeit, daß man an leitender Stelle in Bern keineswegs gewillt ist, sich in dieser Sache noch in Unkosten zu stürzen. Es sind zwar im Nationalrat bei Behandlung des Geschäftsberichtes des Politischen Departements soeben von Nationalrat Walther (Luzern) sehr scharfe Worte für das französische Vorgehen — Errichtung permanenter Zollgebäude an Genfs Grenzen einerseits und endlose Verschleppung der Ratifikation der Zonenschiedsordnung anderseits — gefunden worden. Auch von genferischer Seite (Nationalrat Rochaix) ist der Erregung der genferischen und übrigen schweizerischen Öffentlichkeit über die französische Verschleppungstaktik Ausdruck gegeben worden. Aber es ist bei diesen Worten geblieben und wird dabei bleiben. Der Vorsteher des Politischen Departements begnügte sich, ihnen gegenüber auf die neusten „aufrichtigen Versprechungen" Frankreichs, die Ratifikation nunmehr zu beschleunigen, hinzuweisen. Im übrigen bleibt alles beim alten. Wenn dann nach einem Viertel- oder halben Jahr sich wieder genug Unwille in unserm Land angesammelt hat, wird die französische Regierung, wie schon so oft und wie auch diesmal, einige Wochen vor der vorauszusehenden Entladung dieses Unwillens in der Bundesversammlung, in ihrer Presse ein paar, von „aufrichtigen Versprechungen" triefende Artikel vom Stapel lassen. Einige unserer großen offiziellen Blätter, die auch sonst jederzeit gern zu Steigbügelhalterdiensten gegenüber dem westlichen Nachbarn bereit sind, drucken das Zeug gerührt ab. Der Sturm in der Bundesversammlung wird von Regierungsseite abermals mit dem Hinweis auf die neusten „aufrichtigen Versprechungen" und Pariser Freundschaftsbeteuerungen beschwichtigt und damit kann das unwürdige, beschämende Spiel ungestört seinen Fortgang nehmen bis in alle Ewigkeit.

Unterdessen sind dunkle Kräfte an der Arbeit, die die unsichere und ungeklärte Lage Genfs und seiner Zukunft auszunützen suchen — dazu soll u. a. die endlose Verschleppung einer Entscheidung ja auch dienen. In dem Genfer Wochenblatt „Le Mondain" (und andernorts) wird Woche für Woche für Genfs Loslösung aus dem schweizerischen Zollverband eingetreten. „Wir können es nie genug wiederholen — lesen wir beispielsweise in dessen Nummer vom 5. Juni —, daß in der französisch-schweizerischen Streitfrage unsere Sache verloren ist, wenn wir von Bern nicht die Verlegung der schweizerischen Zollgrenze nach Versoix erlangen." Selbst im Genfer Gemeinderat wird von Leuten wie Exnationalrat Willemin und anderen von Bern das „Zugeständnis eines wirtschaftlichen Sonderregimes" für Genf gefordert. Es ist aber selbstverständlich, daß wirtschaftliche Loslösung den Anfang der politischen Loslösung bedeutet.*) Daß ähnliche „Forderungen" auch in gewissen tessinischen Kreisen betreffs Tessin erhoben werden, macht die Sache nicht erfreulicher. Um so unverständlicher muß es erscheinen, daß man maßgebendenorts den Zonenhandel einfach ruhig so seinen Lauf nehmen läßt, trotzdem man damit die Vorbedingungen schaffen hilft für derartige Bestrebungen, deren Auswirkungen auf die Dauer man doch nicht unterschätzen sollte.

* * *

Unsere Beziehungen zu Italien werden gegenwärtig, wie wir schon in unserer „Umschau" vom Februar dieses Jahres nachwiesen, durch die Offensive des Faschismus gegen seine Gegnerschaft im Auslande bestimmt. Daneben

*) Diese allmähliche Loslösung aus dem schweizerischen und das Hineingleiten in den französischen Staatsverband soll auch noch auf andere Weise gefördert werden. Darüber gibt wiederum der „Mondain" in seiner Nummer vom 26. Juni Aufschluß: „Der Genfer Staatsrat muß versuchen, mit dem Völkerbundssekretariat ein geeignetes Programm auszuarbeiten, das aus unserer Stadt die geistige, politische und wirtschaftliche Metropole des Völkerbundes macht... Genf kann nur auf den Völkerbund zählen... Mit Hilfe des Völkerbundes werden wir sicher dazu gelangen, daß die Anregung geprüft wird, die 1920 in Paris gemacht wurde, d. i. den Kanton Genf mit den kleinen und großen Zonen zusammen unter die gleiche freihändlerische Wirtschaftsordnung zu stellen."

verfolgt die italienische Politik ihre seit Jahren geübte Taktik weiter, „Zwischenfälle" zu schaffen, oder an sich unbedeutende Vorfälle zu solchen aufzubauschen, bei denen die Schweiz dann regelmäßig ins Unrecht versetzt und so vor der italienischen und einer weiteren Weltöffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, daß unser Land ein Herd ständiger Unruhe sei, von dem aus Italiens Sicherheit bedroht und die italienische Würde verletzt werde. Der Zweck dieser Taktik ist offensichtlich: die italienische Volksmeinung soll dadurch so vorbereitet werden, daß die italienische Regierung es in der Hand hat, sie über den Störenfried der italienischen Friedfertigkeit und Beleidiger der italienischen Würde eines Tages so in Wallung zu bringen, daß die Regierung sich ihren Forderungen nicht mehr entziehen „kann" und selbst die Weltmeinung dieses Vorgehen dann billigen müßte, da Italien ja genug Beweise seines Langmutes gegen die ständigen Attentate auf die Sicherheit seiner Bürger gezeigt habe.

Ein Beispiel für die Art dieser italienischen Taktik aus jüngster Zeit ist der Zwischenfall von Bellinzona vom 8. Mai. An jenem Tage zogen ein paar eben aus dem Dienst entlassene tessinische Sanitätssoldaten in etwas angeheiterter Stimmung durch die Straßen von Bellinzona und sangen dabei ein faschistisches Lied in parodierter Form, so daß Mussolini darin nicht mehr als Verkünder, sondern als Mörder der Freiheit verherrlicht wurde. Dem Vorgang war nirgends Beachtung geschenkt worden, bis eine Woche später das bekannte Luganeser Faschistenblatt „Squilla Italica" — seinem Namen: „die italienische Schelle", getreu — die Sache an die große Glocke hängte. Darauf entrüstetes Schreiben des italienischen Konsuls an die Tessiner Regierung, die dasselbe sofort nach Bern weiterleitet. Im Gemeinderat von Bellinzona erfolgt eine Anfrage über den Fall, die von Seite der Behörde dahin beantwortet wird, daß es sich bei der Darstellung der „Squilla" um eine „unverständliche Übertreibung" handle. Trotzdem erfährt man vier Wochen später aus der Zeitung, daß einer der beteiligten Soldaten zu vierzehn, vier weitere zu zwölf Tagen Arrest verurteilt worden sind, u. a. weil sie ein Spottlied gesungen hätten, dessen Kehrreim für den Chef der italienischen Regierung beleidigend sei. Die italienische Presse nahm von dieser Bestrafung mit großer Genugtuung und unter entsprechender Hervorhebung Kenntnis.

Es ist dem nicht mit allen Einzelheiten Vertrauten unmöglich, sich ein Urteil darüber zu bilden, ob diese Bestrafung unvermeidlich war. Haben sich die betreffenden Soldaten im Wehrkleid unwürdig aufgeführt, dann gehört ihnen eine Strafe. Aber auch in diesem Fall hätten wir es lieber gesehen, wenn als Begründung dafür nicht das Singen eines Mussolini beleidigenden Spottliedes angegeben worden wäre. Der Faschismus erreicht, wenn wir uns bei jedem von ihm an den Haaren herbeigezogenen und mit kluger Berechnung ausgeschlachteten Vorfall als schuldig bekennen, gerade das, was er mit seiner Taktik will. Bei unsern eigenen Landsleuten aber, vorab im Tessin, entsteht leicht der Eindruck, daß der italienische Diktator — auch in der Schweiz allmächtig sei. Gerade dieses Gefühl eigener Machtlosigkeit sollte man aber nicht noch, besonders nicht im südlichen Grenzkanton, von regierungswegen fördern. Auf jeden Fall muß unsere Bundesbehörde, bei aller begreiflichen und notwendigen Beflissenheit, internationale Verwicklungen von unserm Land fernzuhalten, darauf bedacht sein, die Grenze, wo diplomatisches Entgegenkommen in staatliche Würdelosigkeit übergeht, nicht zu überschreiten. Nichts untergräbt den Staatswillen des demokratischen Bürgers so sehr als das Gefühl, daß der eigene Staat sich aus Angst und eitler Liebedienerei ausländischen Anmaßungen gegenüber würdelos verhält.

* * *

Unter die Rubrik der faschistischen Offensive gegen die Gegner des Faschismus im Ausland fällt der so viel von sich reden machende Genfer Zwischenfall vom 11. Juni. Seine ganze Schwere erhält dieser Zwischenfall aber erst dadurch, daß die italienische Politik hier auch wieder eine besonders geeignete Gelegenheit zur Anwendung ihrer oben skizzierten Taktik glaubte erblicken zu können. Dadurch ist der Genfer Vorfall aus einer An-

gelegenheit zwischen Faschismus und Antifaschismus zu einer Angelegenheit der schweizerisch-italienischen Beziehungen geworden.

Für unser Land erschwerend ist dabei der Umstand, daß die Genfer Sozialdemokratie — im Gegensatz zu den sozialistischen Kantonalsektionen der deutschen Schweiz, die sich von einer offiziellen Verbindung mit den in der Schweiz gebildeten italienischen antifaschistischen Parteigruppierungen fernhalten — ihren Aufruf zu einer „antifaschistischen Versammlung zur Erinnerung an Matteotti unter dem Vorsitz von Ständerat Burklin" von mehreren italienischen Parteigruppen hat mitunterzeichnen lassen. Dadurch, wie auch durch die Bezeichnung der Versammlung als einer „antifaschistischen" — wobei unter antifaschistisch eben nur „gegen den italienischen Faschismus" gerichtet gemeint sein kann —, hat diese einen gewissen internationalen Charakter erhalten. An diesem Tatbestand ist nicht zu rütteln.

Wenn man das aber auch zugibt, so folgt daraus noch keineswegs das Recht für Angehörige des betroffenen ausländischen Staates, gegen eine derartige Veranstaltung von sich aus vorzugehen. Hier ist der einzige völkerrechtlich zulässige Weg derjenige eines Protestes der Regierung des betroffenen Landes bei der Regierung des Landes, in dem die Veranstaltung stattfindet. Das Vorgehen des Genfer Fascio bedeutet daher einen schweren Eingriff in die schweizerische Staatshoheit, gegen die von Seiten unserer obersten Landesbehörde bei der italienischen Regierung nicht scharf genug hätte Verwahrung eingelegt werden können und für die Zurechtweisung der Schuldigen hätte verlangt werden müssen.

In Wirklichkeit ist die „Erledigung" des Falles umgekehrt verlaufen. Trotzdem aus dem Schreiben des Genfer Fascio an den italienischen Konsul in Genf die Absicht der Versammlungssprengung durch die anwesende Faschistengruppe völlig eindeutig hervorgeht und auch offen zugegeben wird,*) ist es der italienischen Regierung nicht im entferntesten eingefallen, ihre schuldigen Landsleute — unter denen sich erschwerenderweise offizielle italienische Vertreter bei Völkerbundsinstitutionen befanden — zur Rechenschaft zu ziehen. Im Gegenteil. Der italienische Ministerpräsident hat dem Genfer Fascio in einem Telegramm — dessen Existenz unsere Presse allerdings der Öffentlichkeit vorenthalten hat (wir entnehmen es der „Squilla Italica" vom 17. Juni) — seine Billigung ausgesprochen: „ich drücke den Faschisten von Genf für ihre Haltung am 11. Juni mein Gefallen aus." — Und eine offiziöse Pressemeldung der italienischen Regierung kehrte, um allem weiterem vorzubeugen, einfach den Spieß um und drohte der Schweiz mit einer „Abkühlung in den Beziehungen zwischen beiden Ländern", wenn es künftig noch einmal zu solchen Vorfällen „zum Schaden der italienischen Faschisten" kommen sollte.

Es hat aber nicht nur die italienische Regierung nicht von sich aus ihre Landsleute in Genf zurechtgewiesen, sondern es ist von schweizerischer offizieller Seite auch gar kein Protest gegen die Verletzung unserer Staatshoheit erhoben und keine Zurechtweisung der Schuldigen verlangt worden. Die offizielle Stellung unserer obersten Landesbehörde kommt vielmehr in dem Satz, den Bundesrat Motta im Nationalrat in seiner Antwort auf die Interpellation Nicole gesprochen hat, zum Ausdruck:

> „Der Bundesrat mißbilligt das Eingreifen einer faschistischen Gruppe in das Meeting von Plainpalais... Aber wenn die Faschisten unrecht hatten, in die Versammlung von Plainpalais einzugreifen, so haben Herr Nicole und seine Freunde noch das weit schwerere Unrecht begangen, diese zu veranstalten."

*) „Der Fascio hat beschlossen, mit einer Mitgliedergruppe an der Versammlung teilzunehmen, um festzustellen, ob in dieser Versammlung in Übereinstimmung mit den schweizerischen Gesetzen und der schweizerischen Tradition, die Richtlinien guter Freundschaft zwischen den beiden Nachbarländern respektiert werden... Wenn die italienischen Institutionen und die italienische Regierung respektiert werden, wird die Versammlung in keiner Weise gestört werden."

Eine solche Beurteilung des Falles dürfte doch auf vollständiger Verkennung seiner völker- und staatsrechtlichen Unterlagen beruhen. Billigen oder mißbilligen kann unsere Regierung doch nur das Verhalten eigener Landsleute oder Behörden, nicht aber dasjenige ausländischer Staatsangehöriger. Verstoßen Ausländer gegen unsere Staatsgesetze, so hat der Bundesrat bei deren Regierung Bestrafung zu verlangen oder einfach ihre Ausweisung zu verfügen. Ausländische Staatsangehörige von regierungswegen für ihr Verhalten auf Schweizerboden belobigen, ist pure Liebedienerei dem Ausland gegenüber; sie tadeln, sinnlos! Gewiß erleichtert man sich persönlich mit einem solchen politischen Dilettantismus die Stellung gegenüber dem Ausland. In diesem besonderen Fall kommt man beispielsweise damit um den offiziellen Protest der schweizerischen Regierung gegen die Verletzung der schweizerischen Staatshoheit durch italienische Staatsangehörige (worunter sogar Amtspersonen) herum. Der „Tadel", den man den Faschisten von Genf ausspricht, tut niemandem weh. Die italienische Presse ist daher über den Ausgang des Zwischenfalles auch vollauf befriedigt, indem sie den bundesrätlichen „Tadel" an den Faschisten als aus innerpolitischen Rücksichten bedingt hinstellt und das ihr einzig Wesentliche hervorhebt: „Motta verurteilt im schweizerischen Parlament die provokatorischen Sozialisten" (Popolo d'Italia). Der Schuldige an der ganzen Sache ist vor der italienischen Öffentlichkeit wieder einmal mehr die Schweiz.

Die Folgen einer derartigen dilettantischen Regiererei sind aber noch viel weittragender. Unsere Regierung zieht sich selbst die Schlinge um den Hals immer enger zu. Aus jeder — politisch-staatsmännisch gänzlich überflüssigen — Liebedienerei gegenüber den ausländischen Machthabern wird ihr ein neuer Strick gedreht. So schrieb das offizielle italienische Regierungsorgan, der „Popolo d'Italia", im Anschluß an den Genfer Zwischenfall, die Haltung der Faschisten in der Schweiz sei immer einwandfrei gewesen, „wie das zu verschiedenen Malen von der Regierung in Bern anerkannt wurde." Jetzt geht man wieder so weit, in der offiziellen Erklärung vor der Bundesversammlung das „weit schwerere Unrecht", m. a. W. die eigentliche Verantwortung an der Belastung der schweizerisch-italienischen Beziehungen den eigenen Landsleuten zuzuschreiben. Stillschweigend steckt man auch Drohungen wie die ein, daß eine Wiederholung derartiger Zwischenfälle eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Italien und der Schweiz zur Folge haben würde, wobei als selbstverständlich vorausgesetzt wird, daß die Schweiz allein die Schuld an neuen Vorfällen hatte. Wohin muß das alles schließlich führen? Unsere Regierung nimmt von Mal zu Mal Verpflichtungen auf sich, die zu erfüllen gar nicht in ihrer Macht liegt, denn „Zwischenfälle" lassen sich, nachdem unser ganzes Land nun bereits von einem Netz faschistischer Organisationen überzogen ist, überall und jederzeit nach Belieben hervorrufen. So gerät unsere Regierung dem Ausland gegenüber in eine immer kläglichere Lage. Kommt es morgen zu einem erneuten Zwischenfall, dann heißt es, sie halte sich nicht an ihre Verpflichtungen, sie gefährde durch ihr Verhalten die guten Beziehungen zum Nachbarn. Und sie wird unter noch größerer Demütigung und Würdelosigkeit Entschuldigung um Entschuldigung vorbringen müssen. Nach innen anderseits muß sie, um ja nur jeden Anlaß zu neuen Verwicklungen zu vermeiden, zu weitgehender Unterdrückung von Versammlungs- und Redefreiheit und zu rücksichtsloser Bestrafung jeder nicht ganz salonfähigen Kritik am faschistischen Regime schreiten. So wird sie schließlich zum Büttel des machthungrigen Auslandes.

Das sind trübe Aussichten. Behörden und Öffentlichkeit müssen aber endlich den Mut aufbringen, der Wirklichkeit ins Auge zu schauen und unsere Lage nach Süden in ihrer ganzen Schwere zu erfassen. Denn das ist auch das einzige — wir betonen: das einzige — Mittel, um einer unheilvollen Entwicklung unserer Beziehungen zum südlichen Nachbarn mit einiger Aussicht auf Erfolg entgegenzuwirken. Die Art, wie jetzt bei uns Politik getrieben wird, ist eine ständige Aufmunterung an das Ausland, auf seinem bisherigen Weg weiterzuschreiten. Lassen wir hier nicht bald eine Änderung eintreten, so wird

der Gegner eben von Anmaßung zu Anmaßung fortschreiten, bis wir eines Tages vor dem Unmöglichen stehen und dann das unvermeidlich ist — aber dann unter uns viel ungünstigeren Verhältnissen —, was wir durch ständiges Ausweichen und Nachgeben meinten vermeiden zu können. Gerade mit unserer jetzigen Politik treiben wir zur Katastrophe, weil sie das Ausland zu einem Vorgehen aufmuntert, an dessen Ende unausweichlich die Katastrophe steht. Einzig unsere feste Entschlossenheit, über eine gewisse Grenze nicht zu gehen und es auf das Letzte ankommen zu lassen, wenn sie überschritten werden will, und den Gegner diese Entschlossenheit fühlen zu lassen, kann diesen Gegner noch davon abhalten, auf dem bisherigen Weg weiter zu gehen. Heute fehlt es uns nicht nur an dieser Entschlossenheit, sondern meist sogar noch an ihrer Vorbedingung: der wirklichen Einsicht in die Dinge! Wie lange noch sollen dieser Einsicht jene nebelhaften Vorstellungen aus den Jahren 1919/20 im Wege stehen?

* * *

Aus den Erklärungen von Bundesrat Motta auf die Interpellation Nicole im Nationalrat haben wir auch erfahren, daß am Morgen nach dem Genfer Vorfall der italienische Botschafter in Bern dem Vorsteher des Politischen Departements die Drohung der italienischen Regierung übermittelte, bei Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle keine italienischen Abordnungen mehr nach Genf zu schicken. (Die Mitteilungen von Bundesrat Motta bestätigten überdies von neuem die Häufigkeit und Vertraulichkeit des Verkehrs ausländischer Regierungsvertreter mit dem Vorsteher des Politischen Departements, die diesen ja schließlich jeder Handlungsfreiheit berauben müssen! Man denke, wie etwa ein Stämpfli oder Forrer sich diese lästigen Gesellen vom Leibe gehalten hätte!) Die Folge davon war, daß der Bundesrat sich mit der Regierung des Kantons Genf in Verbindung setzte zwecks Erlaß eines allgemeinen Versammlungsverbotes während der Dauer internationaler Veranstaltungen in Genf (d. h. praktisch so gut wie das ganze Jahr!). Es scheint aber, daß Bundesrat und Genfer Regierung sich bisher darüber nicht haben einigen können. Eine stolze und würdige Antwort auf ein derartiges Ansinnen hat Jean Martin im „Journal de Genève" vom 18. Juni gegeben:

> „Eine solche Entscheidung (eines allgemeinen Versammlungs- und Redeverbots) würde einer Abdankung des genferischen Gewissens gleichkommen... Welchen Preis wir auch dem Völkerbundssitz in unserer Stadt beilegen, er wäre zu teuer bezahlt mit dem Verzicht auf unser Ideal... Liberal sein gegenüber den Schwachen, gegenüber den Opfern der Unterdrücker, ist keine Handlung der Feigheit: es ist der Schrei des menschlichen Gewissens, das es ablehnt, sich vor der Gewalt zu beugen... Genf nimmt mit Inbrunst am Völkerbund teil, aber es kann nicht mit ihm verwechselt werden. Es will behalten und es behält seine eigene Persönlichkeit. An dem Tag, an dem es sie verlöre, würde es die Ehre, Sitz des Bundes der Völker zu sein, nicht mehr verdienen."

Zu Beginn dieses Jahres wurde der Umstand, daß Genf Sitz des Völkerbundes ist, bereits einmal von russischer Seite benutzt, um einen unzulässigen politischen Druck auf die Schweiz auszuüben. Viel folgenschwerer ist die neuste italienische Drohung. Eines der großen Bedenken der seinerzeitigen Gegner des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund, scheint jetzt in schlimmster Gestalt Wirklichkeit werden zu wollen. Ständerat Böhi und Brügger haben in der Sitzung des Ständerates vom 18. Juni die Bilanz der Vor- und Nachteile des Völkerbundssitzes in der Schweiz gezogen. Unsere Leser finden das Votum von Ständerat Böhi in diesem Heft im vollen Wortlaut abgedruckt. Auf verschiedene Anwürfe hin hat Ständerat Böhi dann noch einmal in einer späteren Sitzung sein Urteil u. a. wie folgt zusammengefaßt:

> „Wir stehen vor der Alternative: Bei Beschränkung der Versammlungsfreiheit: innere Zwietracht; ohne Einschränkung der Versammlungsfreiheit: Gefährdung der äußeren Sicherheit. Es ist schwer zu sagen,

welches Übel das größere ist, aber so viel ist sicher: wir verdanken beide dem Völkerbundssitz...

„Die Tatsachen, welche der Vertreter des Bundesrates bei Beantwortung der Interpellation Nicole der Öffentlichkeit zur Kenntnis brachte, sind nicht geeignet, den Teil des Schweizervolkes zu beruhigen, welcher die Verlegung des Völkerbundssitzes nach Genf überhaupt nie gerne sah. Dieser Teil des Schweizervolkes sieht mit Besorgnis, daß Genf als Völkerbundssitz je länger desto mehr zu einem Pulverfaß wird, um das herum die privilegierten und immunisierten Herren des internationalen Arbeitsamtes und des Völkerbundes so lange mit dem Feuer spielen, bis vielleicht eines Tages eine Katastrophe dem Spiel ein Ende macht."

Wir haben diesem Urteil nichts beizufügen.

Auf einen merkwürdigen Artikel im katholischen Oltener „Morgen" möchten wir nur noch kurz hinweisen. Es ist darin die Rede von einer „irrigen Meinung", die der Bundesrat gehabt habe, als er erwartete, „es werde die Einreise Friedrich Adlers (des bekannten Wiener Sozialisten, dessen Einreise bis vor Jahresfrist unter Sperre gestanden habe) den Kontakt der (schweizerischen) Sozialisten mit dem Völkerbund fördern helfen"; jetzt habe man diesen Kontakt, aber was für einen; „es war ein gründlicher Hereinfall des Bundesrates, als er glaubte, durch die Zulassung Adlers die völkerbundsfreundliche Strömung innerhalb der Sozialdemokratie befördern zu helfen. Das Gegenteil ist der Fall und die ständige (antifaschistische) Agitation auf unserm Boden ist internationalen Ursprungs."

Wir nehmen an, daß der sonst über die Vorgänge im Bundeshaus meist gut unterrichtete Berner Berichterstatter des „Morgen" diesmal falsch unterrichtet sei. Denn wir trauen dem Völkerbundsfanatismus mancher Leute in Bern und ihrer Verblendung durch die Völkerbundsideologie viel zu; aber doch nicht, daß sie jemals darob in derartiger Weise das Landesinteresse hinter dasjenige des „Völkerbundes" gestellt haben.

* * *

Am 22. Juni ist in Murten die 450. Wiederkehr des Tages gefeiert worden, an dem die Eidgenossen ihren entscheidenden Sieg über den burgundischen Feind davontrugen. Es ist lobenswert, Vaterlandsliebe und Mut des gegenwärtigen Geschlechts sich an den Taten der Vorfahren entzünden zu lassen. Tiefer und nachhaltiger aber wäre wohl noch die Wirkung, wenn auch die heutigen Verantwortlichen und Führenden ihrem Volke ein Vorbild von Mannesmut und verantwortungsfreudiger Persönlichkeit geben könnten. So will uns fast, wie schon bei so manch rauschender eidgenössischer Festfeier, ein Gefühl der Wehmut beschleichen, und die Frage drängt sich uns auf, der wir ungern, aber um der Wahrheit willen Folge geben, der Frage, ob es so ganz unrichtig sei, was die sozialistische „Berner Tagwacht" vom 23. Juni in ihrer Murten-Betrachtung schreibt:

„Der Geist von Murten, der die Schlacht entschied, war der Geist der „Freiheit und des demokratischen Selbstgefühls, nicht der einer würdelosen „und an fremde Machtgruppierungen verkauften Diplomatie. Das französische „Geld hat die Schlacht sicher nicht entschieden, das Volk tat es um seiner „idealen Güter willen... Denken Sie daran, meine Herren, wenn Sie heute „auf den Feldern tafeln, wo schweizerische freiheitsstolze Bauern ihr Blut für „ihre Ideale verspritzten? Haben Sie den Mut, sich zu fragen, ob Sie nicht „nur das Nebensächliche feiern?.. Nur der hat das Recht, zu feiern, der ent„schlossen ist, das Wesentliche des Geistes, der diese Tat vollbracht, selbst in „sich wirken zu lassen... Wer ist heute unser Bubenberg?.. Wissen Sie, was „das Volk, das alte, freiheitsliebende Volk der untern Klassen, das heute nicht „mit Ihnen zu feiern Zeit und Muße genug hat, von ihm und seinem Losungs„wort denkt?.. Es denkt von ihm, daß er für nötig findet, den alten Adrian „v. Bubenberg ein wenig zeitgemäß abzuändern: „Solange in uns eine Ader „lebt, geben wir nach"! Und Sie sind damit einverstanden!.. Das „Evviva"

„ist Ihnen geläufiger als das „Haruus"! Sie stehen heute innerlich, im Geiste, „im Lager des Burgunders!"

Zürich, den 24. Juni 1926.

Hans Oehler.

Eine staatsmännische Rede.

Die nachfolgende Rede ist von Ständerat Böhi (Bürglen, Thurgau) in der Juni-Session des Ständerates bei Anlaß der Behandlung des bundesrätlichen Berichtes über die außerordentliche Völkerbundsversammlung vom März dieses Jahres gehalten worden. Sie scheint uns wert, in gedruckter Form einer weiteren Öffentlichkeit vermittelt zu werden.

Herr Präsident!
Meine Herren Ständeräte!

Nach Anhörung der Berichterstattung des Herrn Kommissionsreferenten habe ich keinen abweichenden Antrag zu stellen.

Der Vorbehalt der Kommission, daß in der Kenntnisnahme „von vorstehenden Ausführungen", wie es in der bundesrätlichen Botschaft heißt, noch keine Kreditbewilligung liege, sondern daß der Kredit, wenn seine Höhe einmal mit Sicherheit sich übersehen läßt, noch extra nachgesucht und bewilligt werden müsse, scheint mir durchaus korrekt zu sein.

Zwar sind wir ja durch die von unserer Delegation mit Zustimmung des Bundesrates dem Völkerbunde bereits gegebene und von diesem auch bereits verdankte Garantiezusicherung vor eine vollendete Tatsache gestellt. Der Vorbehalt der Genehmigung durch die gesetzgebenden Behörden hat nur formelle Bedeutung, es sei denn, man wollte Bundesrat und Delegation desavouieren, und das möchte auch ich nicht tun.

Ich habe zwar das Gefühl, die Schweiz habe ihre Ehrenschuld gegenüber dem Völkerbund durch die am 5. Februar 1923 beschlossene Schenkung eines Grundstückes im Werte von einer Million Franken bereits anständig honoriert. Und was das neue Opfer, das uns zugemutet wird, anbelangt, so finde ich: Ist das Opfer nur unbedeutend, so ist nicht recht einzusehen, weshalb der Völkerbund, der in seinen Ausgaben für Beamtenbesoldungen und alle möglichen Expertenkommissionen keineswegs ängstlich ist, dieses kleine Opfer nicht auch hätte auf sich nehmen können. Ist das Opfer aber groß, so hätten die starken Schultern des gesamten Völkerbundes dasselbe leichter getragen als die mit Schulden bereits mehr als genug belasteten Schultern der kleinen Schweiz und des kleinen Kantons Genf. Allein ich will hierüber mit niemandem rechten; andere mögen die Sache anders beurteilen.

Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, ist der Passus fast am Ende der Botschaft auf Seite 14:

„Wollte man eine Bilanz betreffend den Wert der Zusicherung aufstellen, so würde man auf der Passivseite eine ungefähre Zahl finden, deren Bedeutung man nicht überschätzen soll. Auf Seiten der Aktiven würde man besonders einen neuen Grund dafür haben, daß der Völkerbundssitz weiterhin in der Schweiz bleibe, was einen Vorteil sowohl für die Schweiz wie den Völkerbund bedeutet."

Im Anschluß an diese Worte des Bundesrates möchte ich mir einige Betrachtungen erlauben über die Bilanz oder den Wert nicht speziell der in Frage stehenden Preisgarantie, sondern des Völkerbundssitzes im allgemeinen, dessen festere Verankerung auf Schweizergebiet die Garantiezusicherung, die wir dem Völkerbunde geben sollen und wollen, bezweckt.

Dabei möchte ich nicht mißverstanden werden. Ich war nie und bin auch heute nicht ein Gegner des Völkerbundes und seiner hohen Ziele, sondern ich war nur ein Gegner des Beitrittes der Schweiz zum Völker-

bund, von der Überzeugung durchdrungen, wir sollten auch in der Ära des Völkerbundes an unserer alten und bewährten Politik der absoluten Neutralität festhalten.

Das vorausgeschickt, verliere ich kein einziges Wort der Kritik über die bisherige Entwicklung und Tätigkeit des Völkerbundes als solchen — diese Kritik wird von anderer Seite genügend besorgt —, sondern ich beschränke mich ausschließlich auf eine kurze Beleuchtung der Bilanz oder des Wertes des Völkerbundssitzes.

Ich beginne mit den Aktiven. Da möchte ich neben den gemeiniglich am meisten in die Augen stechenden wirtschaftlichen Vorteilen und neben der Ehre, deren die Stadt Genf als Völkerbundssitz teilhaft wird und die ihr auch die Beitrittsgegner von Herzen gönnen mögen, noch einen Posten neu einstellen, der dem ganzen Schweizervolk, Beitrittsfreunden wie Beitrittsgegnern, zur hohen Genugtuung gereicht: die Tatsache nämlich, daß die Verlegung des Völkerbundssitzes auf Schweizerboden den Führer der schweizerischen Delegation, Herrn Bundesrat Motta, ganz naturgemäß wesentlich mehr in den Vordergrund der Völkerbundsversammlungen rückte, als wenn der Völkerbund seinen Sitz außerhalb der Schweiz genommen hätte, und daß Herr Bundesrat Motta in dieser prominenten Stellung nicht nur durch seine glänzende Beredsamkeit, sondern vor allem durch die überzeugende Macht seines guten Willens, seiner Gerechtigkeit und seinen Mut die Achtung vor der Schweiz und ihr Ansehen in den Augen der ganzen Welt gemehrt und gehoben hat. Dieses Aktivum ist nach meiner Ansicht das Wertvollste und Erfreulichste in der ganzen Bilanz.

Gehen wir zu einem weiteren Aktivposten, den Liegenschaften.

Es gibt Leute, die überglücklich sind und ein unschätzbares Aktivum darin sehen, daß der Völkerbund in Genf einen Millionenpalast für das internationale Arbeitsamt erstellte und daß er sich anschickt, in der gleichen Stadt weitere 17 Millionen für Versammlungssaal, dauernde Dienstzweige und Generalsekretariat zu verbauen.

Ich gehöre nicht zu diesen Enthusiasten. Ich meine, solange der Völkerbund innerlich, organisch noch nicht fester konsolidiert ist als heute, wo bereits Glieder abzubröckeln beginnen, hätte es mit dem Bau pompöser Millionenpaläste noch nicht so große Eile.

Und wenn ich den Prachtbau des internationalen Arbeitsamtes sehe — ich habe ihn zwar erst im Bilde, nicht in natura gesehen —, so muß ich an die Worte Werner Stauffachers denken, die er mit Bezug auf den Bau der Zwing-Uri in Altorf an Walther Fürst richtete:

„Wohl ein erstaunlich neues Werk hab' ich
Bereiten sehen, das mich nicht erfreute",

und an die Antwort, die im weiteren Verlaufe des Gesprächs Walther Fürst dem schwyzerischen Freunde gab: „Ein Grab der Freiheit ist's. Ihr nennt's mit Namen."

Meine Herren! Das internationale Arbeitsamt ist auf dem besten Wege, mit seiner grenzenlosen, unersättlichen Reglementiererei für die ganze Schweiz eine Zwing-Uri, ein Grab der Freiheit zu werden.

Dieses Amt mit seinen fürstlich besoldeten hohen und niederen Funktionären überschwemmt uns jedes Jahr mit einer Hochflut von Vorschlägen und Entwürfen zu internationalen Vereinbarungen, mit Aufforderungen zu Änderungen unserer internen Gesetzgebung, verlangt Statistik über Statistik, möchte alle Gewerbe und selbst die Landwirtschaft zwingen, vor dem Geßlerhut des Achtstundentages sich zu beugen und hat es — laut Seite 24 der bundesrätlichen Botschaft über die 7. Tagung der internationalen Arbeitskonferenz — fertig gebracht, daß der Völkerbundsrat, der wohl Besseres zu tun hätte, beschlossen hat, dem ständigen internationalen Gerichtshof im Haag die hochwichtige Frage zu unterbreiten, ob bei Regelung der Nachtarbeit in Bäckereien die persönliche Arbeit der Betriebsinhaber einzuschließen sei, wenn dies zum Schutze der Lohnarbeiter notwendig ist.

Meine Herren! Ich glaube nicht, daß das Schweizervolk dem Völkerbunde in der Absicht beigetreten ist, sich von der Bureaukratie des internationalen Arbeitsamtes in der Weise bevormunden zu lassen, wie sie das zu tun im Begriffe steht. Wenn das so weiter geht, dann wahrlich wird der Palast des internationalen Arbeitsamtes für uns eine „Zwing-Uri" und ein „Grab der Freiheit"; dann ist er kein Aktivum mehr, sondern ein Passivum in der Bilanz des Völkerbundssitzes.

Und der andere Bau in Genf, der erst bevorsteht, der Siebzehn-Millionenbau! Hat er nicht etwas an sich von jenem zweiten Bau in Altorf, der Herrenburg, zu welcher der jugendlich feurige Junker Rudenz, „gebunden durch der Liebe Seile", so unwiderstehlich sich hingezogen fühlte, daß er nicht achtete auf seines greisen Oheims, des Freiherrn von Attinghausen, Warnung:

„Dich anzulocken, zeigt man dir die Braut,
Doch deiner Unschuld ist sie nicht beschieden."

Auch das Schweizervolk zog es am 16. Mai 1920 in die Herrenburg des Völkerbundes nach Genf, wo es auch eine Braut, eine edlere noch und beglückendere als die edle Bertha von Bruneck, wo es die Verkörperung der hohen Idee des Völkerfriedens und der Abrüstung zu finden hoffte. Bis heute aber hat das Schweizervolk diese Braut nicht zu Gesicht bekommen; man weiß von ihr — wie eine Zeitlang auch von der Bruneckerin — nicht, wohin sie entführt wurde und ob sie überhaupt noch lebt.

Dafür aber hat das Schweizervolk in die Genfer Herrenburg ein Fähnlein fremdländischer Wort- und Federhelden um das andere mitsamt ihren Reisigen einziehen sehen, Herren, die, nicht mit Spießen und Speeren bewaffnet, aber mit Privilegien und Immunitäten, mit Zoll- und Steuerfreiheiten reichlich ausgerüstet, über die Gesetze des Landes hinwegschreiten oder mit dem Automobil hinwegfahren dürfen und die, selbst wenn sie gegen Töchter des Landes sich vergehen, mit keiner Klage nach Art. 307 u. ff. des Zivilgesetzbuches belangt werden können; denn so weit erstreckt sich nach einer Mitteilung, die unlängst die Runde durch die ganze Schweizerpresse machte die diplomatische Immunität, daß diesen fremden Herren gegenüber die von ihnen ins Unglück gebrachten Kinder des Landes rechtlos sind.

Gewiß ist der Sitz des Völkerbundes eine Ehrung für Genf und die Schweiz. Aber diese Ehrung bildet zugleich eine große Gefahr. Am augenfälligsten ist die Gefahr der Internationalisierung Genfs, der Verdrängung einheimischen Wesens durch fremdes, schweizerischer Eigenart durch unschweizerische Denk- und Handlungsweise. Schon Dante hat seinen Mitbürgern warnend zugerufen:

Sempre la confusion delle persone
Principio fu del mal della cittade,
Come del corpo il cibo che s'appone.*

Was die confusion delle persone, die Vermengung der Völker, für Früchte zu zeitigen imstande ist, dafür hat Genf vor wenigen Tagen ein ebenso lehrreiches wie betrübendes Beispiel geliefert. Daß bei jenem Genfer Ereignisse auch Leute aus dem Gefolge des Völkerbundes eine Rolle spielten, ist eine Begleiterscheinung des Völkerbundssitzes, die auf die Passivseite der Bilanz gehört.

Und noch liegt die Zeit nicht weit hinter uns, da man hörte, es sei, um die Weigerung Rußlands, an einer nach Genf einzuberufenden Abrüstungskonferenz sich zu beteiligen, aus der Welt zu schaffen und der Genfer Hotellerie die Vorteile dieser Konferenz nicht entgehen zu lassen, auf den Bundesrat ein gewisser Druck auszuüben versucht worden, um ihn gegenüber Rußland

* In Volksvermischung fand man immer schon
Den ersten Keim zu einer Stadt Verfalle,
Wie Speis' auf Speisen unsern Leib bedrohn.

zu Erklärungen zu veranlassen, die mit der Ehre der Schweiz unvereinbar gewesen wären. Wir beglückwünschen den Bundesrat, daß er diesem Drucke nicht nachgegeben hat; aber die Tatsache allein, daß ein solcher Druck auf den Bundesrat auszuüben versucht wurde, ist ebenfalls ein unerfreulicher Passivposten der Bilanz des Völkerbundssitzes.

Überhaupt ist zu sagen: Je mehr „der Liebe Seile", durch welche das Schweizervolk am Sechzehnten des Wonnemonats im Jahre 1920 zu der Idealgestalt des Völkerbundes sich hingezogen fühlte, sich lockern, und je mehr an deren Stelle bloß materielle Interessen der Stadt und insbesondere der Hotellerie Genfs treten, desto größer wird die Gefahr, daß allzusehr Bande des Mammons uns mit dem Völkerbunde verketten und daß, wenn vielleicht eines Tages die Verhältnisse gebieterisch unseren Austritt aus dem Völkerbund oder den Verzicht auf die Ehre des Völkerbundssitzes fordern sollten, wir die goldenen Ketten nicht mehr zu sprengen vermögen.

Meine Herren! Ich will die unbefriedigende Lage des Zonenstreites nicht unter die Passiven des Völkerbundssitzes buchen, obschon das ganze Schweizervolk es peinlich empfinden muß, daß gerade der Völkerbundssitz unter den Gewaltmaßnahmen eines der ersten und eifrigsten Propagatoren der Völkerbundsidee so schwer zu leiden hat und daß trotz des Abschlusses eines speziellen und eines generellen Schiedsvertrages mit diesem Propagator er bis heute noch nichts getan hat, um den von uns schon längst angerufenen Richter in diesem Streite zum Worte kommen zu lassen. Der Zustand der Stagnation, in dem wir uns befinden, ist ein Beweis dafür, daß die wunderschönen Worte im Ingreß des Völkerbundsvertrages nicht viel anderes sind als ein tönendes Erz und eine klingende Schelle.

Aber, wie gesagt, die unbefriedigende Lage des Zonenstreites gehört formell nicht unter die Passiven des Völkerbundssitzes. Ich weiß auch, daß Sie mich ohnehin einen schlechten Bilanztechniker oder Bilanzkritiker schelten und finden werden, ich sehe zu schwarz. Mag sein; es soll mich freuen, wenn ich mich irre. Meine Anschauungen und Befürchtungen werden aber außerhalb dieses Saales von beträchtlichen Kreisen des Schweizervolkes geteilt, und deshalb glaubte ich, bei der zur Diskussion stehenden festeren Verankerung des Völkerbundssitzes auf dem heute nur noch differentiell neutralen Boden der Schweiz den soeben geäußerten Besorgnissen mit einigen Worten Ausdruck geben zu dürfen.

Zur politischen Lage.

Die elsässische Autonomiebewegung in deutscher Zeit. — Die französische Politik im Elsaß seit 1918. — Der neue Kampf für ein selbständiges Elsaß-Lothringen.

A. Schneegans, der bekannte elsässische Politiker aus der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, erzählt in seinen Erinnerungen, daß er zwei Tage nach der Kapitulation Straßburgs im Jahre 1870 bei einem Freunde, dem spätern Reichstagsabgeordneten Kablé, frühstückte. Da sahen sie vor dem Fenster den Großherzog von Baden mit seinem Gefolge vorbeireiten. „In diesem Augenblick sagte mir Kablé: Wenn wir im Elsaß etwas werden könnten, das dem Großherzogtum Baden gliche, das wäre ein Glück in jeder Hinsicht! Wir waren ganz seiner Ansicht, und während die Generäle und Offiziere auf der Straße vorbeizogen, tranken wir auf die künftige Autonomie des Elsasses. Es war das erste Mal, denke ich, daß dieses Wort Autonomie ausgesprochen wurde."

Aus solchen bescheidenen, aber bezeichnenden Anfängen heraus entstand die elsässische Selbständigkeitsbewegung in deutscher Zeit. Es kam dem für Deutschland wieder gewonnenen Lande zugute, daß damals an der Spitze des Reiches ein Mann stand, der für die volkstümlichen Regungen ein feines Gefühl und Empfinden hatte. Der preußische Junker Bismarck hat auch in dieser süd-

deutschen Ecke klar erkannt, worauf es ankam. Er schrieb im Frühjahr 1871: „Die Elsässer haben sich in ihrer 200jährigen Zugehörigkeit zu Frankreich ein tüchtiges Stück Partikularismus nach guter deutscher Art konserviert, und das ist der Baugrund, auf dem wir meines Erachtens mit dem Fundament zu beginnen haben werden. Diesen Partikularismus zunächst zu stärken, ist jetzt unser Beruf. Je mehr sich die Bewohner des Elsasses als Elsässer fühlen werden, umsomehr werden sie das Franzosentum abtun. Fühlen sie sich erst vollständig als Elsässer, so sind sie zu logisch, um sich nicht gleichzeitig als Deutsche zu fühlen." Bismarck hält die Selbstverwaltung für das Hauptmittel zur Gewinnung der Elsässer. „Ich bin überzeugt, daß wir der Bevölkerung des Elsasses auf dem Gebiete der Selbstverwaltung ohne Schaden für das gesamte Reich einen erheblich freieren Spielraum lassen können — von Hause aus, der allmählich so erweitert wird, daß er dem Ideal zustrebt, daß jedes Individuum, jeder engere, kleinere Kreis das Maß der Freiheit besitzt, was überhaupt mit der Ordnung des Gesamtstaatswesens verträglich ist. Das zu erreichen, diesem Ziele möglichst nahe zu kommen, halte ich für die Aufgabe jeder vernünftigen Staatskunst, und sie ist für die deutschen Einrichtungen, unter denen wir leben, sehr viel erreichbarer, als sie es in Frankreich nach dem französischen Charakter und der unitarischen Verfassung von Frankreich jemals werden kann."

Das war die Ansicht des Reichskanzlers. Ihr entsprechend wurde das neu erworbene Gebiet nicht aufgeteilt oder als Ganzes einem der deutschen Staaten zugeschlagen, sondern es entstand das Reichsland. Schritt für Schritt erhielt es eine immer weitergehende Selbstverwaltung. 1873 wurden zuerst die gewählten Bezirkstage für das Oberelsaß, das Unterelsaß und Lothringen geschaffen. 1874 folgte ein Landesausschuß, der aus Vertretern dieser Bezirkstage zusammengesetzt war. Langsam, schrittweise gewann dieser an Bedeutung. Immer mehr drang im Land und im Reich der Gedanke an die Selbständigkeit Elsaß-Lothringens durch. 1911 erhielt das Reichsland einen Landtag. Ohne den Weltkrieg oder bei einem andern Ausgang desselben wäre wohl bald der selbständige Bundesstaat Elsaß-Lothringen eine Tatsache geworden.

Gerade zur rechten Zeit kommt heute ein Werk, das über diese ganzen Vorgänge erschöpfend Auskunft gibt. In einem stattlichen Bande berichtet Fritz Bronner über „die Verfassungsbestrebungen des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen (1875—1911).[1]) Ihm sind die oben mitgeteilten Tatsachen entnommen. Hier erhalten wir ein lebendiges Bild aller der im Reichsland in dieser Frage tätigen Kräfte. Die sorgfältige, klare Darstellung erweckt alles Zutrauen. Nur wenige politische Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte können bereits eine so zuverlässige und eingehende Schilderung aufweisen. Aus ihr geht hervor, daß offenbar die Ansicht Bismarcks eine durchaus richtige war. Trotz allen Hemmnissen rang sich der Ruf nach Selbständigkeit siegreich durch. Er entsprach eben der innersten Wesensart des Landes. Und im Rahmen des deutschen Reiches war die Möglichkeit vorhanden, dieser Forderung zu entsprechen. So wäre wohl ohne den Krieg die ganze Entwicklung zu einem organischen Abschlusse gekommen. Sie hatte übrigens ihre Wirkung bereits in dem von Bismarck vorausgesehenen Sinne getan. Das Land fügte sich mehr und mehr ins Leben und Denken Deutschlands ein. Das zeigten die ersten Kriegsjahre und die Leistungen der elsässischen Soldaten im deutschen Heere zur Genüge.

* * *

Mit dem November 1918 wurde diese ganze Entwicklung jäh abgebrochen. Elsaß-Lothringen wurde nach 48 Jahren wieder französisch. Deutschland lag nach einem 4½jährigen Ringen völlig am Boden. Diese Jahre hatten nicht nur das kämpfende Heer hart mitgenommen, sondern auch von der gesamten heimischen Bevölkerung die größten Opfer verlangt. Das jahrelange Hungern hatte die körperliche und ebensosehr die geistige Widerstandskraft erschüttert. In einem Grenzland, unmittelbar hinter der Front, wie Elsaß-Lothringen das war, hatten

[1]) Schriften des Wissenschaftlichen Institutes der Elsaß-Lothringer im Reich. Heidelberg, Winter 1926.

sich alle Härten der Zeit besonders fühlbar gemacht. Psychologische Fehler der Militärbehörden und der Reichsleitung hatten das ihre dazu beigetragen, die Stimmung im Reichsland zu verschlechtern. Von außen war diese Unzufriedenheit aufs geschickteste ausgenützt worden. Die französische Werbearbeit hatte mit Hilfe aller der jahrzehntelang gesponnenen Fäden nicht umsonst gearbeitet. So traf der Zusammenbruch Deutschlands und der Einmarsch der Franzosen im Reichsland eine sehr gespannte Stimmung. Nach den jahrelangen Entbehrungen schien jetzt plötzlich eine sorgenfreie Zeit zu kommen. Die Franzosen rechneten damit und brachten zugleich mit ihren Truppen Lebensmittel ins Land. So fanden sie keinen schlechten Empfang. Alles, was nach den 48 Jahren solcher Herrschaft noch französisch gesinnt war, jubelte ihnen selbstverständlich zu. Die großen Teile der Bevölkerung, die überall und immer den Erfolgen nachlaufen, taten das gleiche. Die deutsch gesinnten Elemente waren in dem allgemeinen Durcheinander führerlos und ziellos. Sie rührten sich nicht und wurden außerdem bald durch Flucht oder Ausweisung ihrer bisherigen führenden Köpfe fast völlig beraubt. So war äußerlich nur die franzosenfreundliche Richtung zu bemerken. Das nützte Frankreich von vornherein meisterlich aus. „Da habt ihr die Volksabstimmung!" „Das ganze Elsaß jubelt Frankreich zu!" So hieß es von Paris aus und wurde so ziemlich in der ganzen Welt geglaubt.

Frankreich nahm von dem Lande Besitz, wie wenn die 50 Jahre deutscher Herrschaft überhaupt nicht dagewesen wären. Seine Politik setzte einfach da wieder ein, wo der Krieg von 1870 seinerzeit einen jähen Unterbruch gebracht hatte. Alles sollte möglichst rasch wieder vollständig so werden, wie es in Frankreich war. Alles, was die Deutschen geschaffen hatten, mußte so vollständig und so schnell wie möglich verschwinden. Bei dem bis zur Weißglut erhitzten Hasse gegen alles Deutsche war ja auch kaum etwas anderes zu erwarten. Der jubelnde Empfang durch die Bevölkerung, bei dem man das schweigende Beiseitestehen so großer Kreise leicht übersah, bestärkte die neuen Herren des Landes natürlich in ihrer Denkweise. So wurden denn schnellstens alle Gebiete des Lebens, auf die der Staat Einfluß hat, nach französischem Muster umgeändert. Die ganze Verwaltung, das Verkehrswesen, die Schule von zu unterst bis zu oberst, das Gerichtswesen wurden französisch gemacht. Sie wurden nicht nur nach französischem Muster umgestaltet, sondern vor allem wurde auch überall das Französische als alleinige Dienstsprache eingeführt. Man verlangte selbst möglichst von allen Leuten französische Gesinnung und französisches Denken. Man legte sofort Beschlag auf alle materielle Hilfsquellen des Landes. Man zog das Menschenmaterial für das französische Heerwesen aufs rascheste heran. Leute, von denen man bei alle dem Widerstand befürchtete, schaffte man durch Ausweisung beiseite. Die entstehenden Lücken wurden durch das Heranziehen von Innerfranzosen ausgefüllt. Mit ihnen wurde der Beamtenkörper ergänzt. Ihnen wurden fast alle leitenden Posten anvertraut. Kurz, die Franzosen gingen in Elsaß-Lothringen vor, wie sie das in jeder andern kurze Zeit von einem Feind besetzten Provinz getan hätten.

All das entsprach wohl durchaus dem ganzen Aufbau des französischen Staates und der ganzen Denkweise des Volkes. In diesem Falle kam dazu die geflissentlich während 50 Jahren aufrecht erhaltene und durch den Empfang im Elsaß im November 1918 scheinbar bestätigte Vorspiegelung, daß Elsaß-Lothringen eben ein durchaus französisches Gebiet sei. Es kam dazu die außergewöhnliche Zeit, die das ganze Denken und die ganze Arbeitskraft der leitenden Männer Frankreichs in so gewaltigem Umfange und an so verschiedenen Orten beanspruchte. Frankreich konnte also wohl seiner Denkweise nach und unter den gegebenen Umständen keine wesentlich andere Politik einschlagen, als es wirklich getan hat.

* * *

Wie stellte sich nun aber das Volk von Elsaß-Lothringen zu dieser ganzen französischen Politik? Nach der oben kurz geschilderten Geistesverfassung zu Beginn der französischen Herrschaft, war natürlich an einen Widerstand gar nicht zu denken. Die französisch gesinnten oder schleunigst so gewordenen Kreise

machten natürlich einfach mit. Sie fanden auch ihren Vorteil dabei. Sie übernahmen an allen Orten zusammen mit den aus Frankreich herbeiströmenden Leuten die Führung. Sie bemühten sich nach Kräften, die Franzosen selbst an echt französischer Gesinnung noch zu überbieten. Sie trieben auf allen Gebieten zu schärfster Durchführung der oben umrissenen französischen Maßnahmen an. Die breite Masse ließ einstweilen alles über sich ergehen. Sie hatte wohl auch die Hoffnung, daß die Zeit alles zum Guten wenden werde. In den ersten Wahlen nach dem Kriege errang denn auch der schärfste französische Nationalismus der Richtung Poincaré's einen vollen Erfolg. Er besetzte sämtliche Sitze Elsaß-Lothringens für Kammer und Senat. Nach außen war damit alles in Ordnung!

In den Volksmassen drin aber gärte es mit fortschreitender Zeit und mit normaler werdenden Zuständen immer stärker. Zwei von den Franzosen völlig übersehene Tatsachen kamen jetzt zur Auswirkung. Das Elsaß ist zu 95%, Lothringen zu 75% rein deutsches Gebiet. Französisch verstanden 1918 wohl die gebildeten und reichen Klassen, nicht aber die überwältigende Mehrheit des Volkes. Das war das Erste. Das Zweite aber war die Nachwirkung der 50 Jahre deutscher Herrschaft, die an die alte elsässische Überlieferung angeknüpft und auf die innerste Eigenart des Landes aufgebaut hatte. Das wichtigste war hier, daß der Gedanke der Selbstverwaltung entsprechend der ganzen vorfranzösischen Geschichte des Landes und entsprechend der ganzen Art der elsässischen Bevölkerung in der deutschen Zeit wieder zu vollem Leben erwacht war. Die breitesten Kreise des Volkes sahen darin ihr politisches Ideal und vergaßen es nicht. Daneben machten sich nun auch die Leistungen der deutschen Zeit in der Verwaltung und in der Wirtschaft und das Hineinwachsen in das deutsche Geistesleben geltend. Man darf nicht vergessen, daß Elsaß-Lothringen in einer Zeit höchster Blüte zu Deutschland gehörte. Der schroffe Übergang zu den französischen Einrichtungen brachte nun selbstverständlich große Härten mit sich. Er bot außerdem Gelegenheit zu einem unmittelbaren Vergleich der Leistungen der beiden Staaten.

Dieser Vergleich fiel nun durchaus nicht zugunsten Frankreichs aus. Es zeigte sich, daß die französische Verwaltung auf allen Gebieten sehr rückständig war. Es zeigte sich vor allem, daß Frankreich in der sozialen Fürsorge auch nicht annähernd mit Deutschland Schritt gehalten hatte. Die Angleichung an die französischen Verhältnisse mußte also in Elsaß-Lothringen als Rückschritt empfunden werden. Die davon betroffene Beamtenschaft und die breite Bevölkerung leisteten dem mit fortschreitender Zeit immer energischeren Widerstand. Gleichzeitig wurde die Unzufriedenheit über die französische Sprachenpolitik allgemein. Der Mann aus dem Volke sah sich durch die französische Verwaltungssprache auf Schritt und Tritt gehemmt und benachteiligt. Seine Kinder lernten in der Schule bei rein französischem Unterricht und unter Lehrern, die kaum ein Wort Deutsch verstanden, nichts. Über alle diese Dinge konnten die patriotischen Deklamationen der Führer nicht hinwegtäuschen. Das Mißvergnügen, ja die Erbitterung wuchs im ganzen Volke unaufhörlich.

Nach fünf Jahren französischer Herrschaft war die Stimmung so weit, daß es nur noch eines passenden Anlasses bedurfte, um sie zur vollen Auswirkung zu bringen. Die Kirchenpolitik der radikalen Regierung Herriot gab den Anlaß. Sie ist aber durchaus nicht die Ursache, wie so häufig behauptet wird. Von jetzt an wurde in aller Öffentlichkeit, in der Presse, in Versammlungen an der französischen Politik schärfste Kritik geübt. Die katholischen Kreise gingen voraus. Unter dem Druck der breiten Massen mußten schließlich auch die Führer nachgeben, wenn sie nicht weggefegt werden wollten. Den entscheidenden Schritt bedeutete endlich das Erscheinen eines kleinen Wochenblattes, der „Zukunft" in Zabern, die nun das Sprachrohr für alle elsässischen Klagen wurde. Es errang sich in kurzer Zeit eine beispiellose Verbreitung und einen sehr erheblichen Einfluß. Die Auflage stieg auf weit über 30,000 Stück. Andere Zeitungen ähnlicher Richtung schlossen sich an und mehr und mehr mußten auch die großen Parteiblätter in dieselbe Richtung einschwenken. Als Ziel der ganzen Bewegung

ergab sich ganz natürlich die Selbstverwaltung in irgend einer Form als alleiniges Hilfsmittel. Dieser Gedanke eroberte sich im vergangenen Jahre ganz Elsaß-Lothringen.

Die Autonomiebewegung fand zuerst bei den französisch gesinnten Kreisen keine Beachtung. Totschweigen oder verächtliches Achselzucken war die Losung bis weit in den Sommer 1925 hinein. Als die Bewegung unaufhörlich erstarkte, begann man allmählich aufmerksam zu werden und sie nach Kräften herunterzumachen. Vom letzten Herbst an wurde sie als ernsthafter Gegner gewürdigt und von den Behörden und den französisch gesinnten Kreisen mit allen Kräften und allen Mitteln verfolgt. An irgend ein Nachgeben, an eine Beseitigung der schlimmsten Übelstände dachte man aber gar nicht. Man wirtschaftete in alter Weise fort. Das mußte natürlich der Autonomiebewegung immer stärkern Auftrieb verschaffen. In der gleichen Richtung arbeitete aber auch die wirtschaftliche Not, die mit dem Verfall der französischen Währung entstand. Frankreich zeigte sich noch viel weniger im Stande, den daraus entstehenden Aufgaben gerecht zu werden, als das seinerzeit Deutschland vermocht hatte. Dadurch wurden vor allem die Beamten betroffen, die immer mehr gegen die französische Regierung und die ganze französische Politik Stellung nahmen. Die Stimmung in Elsaß-Lothringen wurde allmählich bitterbös.

Die ersten, die daraus entschlossen Nutzen zogen und sich darnach richteten, waren die Kommunisten. Sie nahmen zuerst die Verteidigung der „Heimatrechte", d. h. die Wahrung der Art und Sprache Elsaß-Lothringens, und die Autonomie in ihr Parteiprogramm auf. Kennzeichnend dafür war, daß der einzige elsässische kommunistische Abgeordnete in Paris nun Elsässerdeutsch sprach. Bald folgte jedoch auch die katholische Partei nach. Trotz dem Widerstand der meisten Führer mußte auch hier die Wahrung der „Heimatrechte" und die Forderung nach Selbstverwaltung in die Parteiziele aufgenommen werden. Mächtige Volksversammlungen in allen Teilen des Landes zwangen dazu und trieben diese Entwicklung immer weiter. Vor wenigen Wochen führte eine ähnliche Bewegung auch in der bürgerlichen Linken, der radikalen Partei des Unterelsaß, zu einem ähnlichen Ergebnis. Damit hat sich die Autonomiebewegung die maßgebenden politischen Faktoren des Landes erobert. Ablehnend verhalten sich gegen sie nur noch die Demokraten, bei denen das von jeher französisch gesinnte reiche Bürgertum organisiert ist, und die Sozialdemokratie. In deutscher Zeit traten die Sozialisten im Elsaß mit aller Kraft für die Selbstverwaltung ein, jetzt haben sie sich mit Haut und Haar dem Pariser Zentralismus verschrieben. Wie lange sie das aber durchführen können, das ist völlig unsicher.

Als letzter Schritt in der Entwicklung der Autonomiebewegung ist vorläufig die Gründung eines Heimatbundes zu melden, der nun alle die entschlossen für die Selbstverwaltung eintretenden Kräfte zusammenfassen will. Seine Gründung hat einen gewaltigen Widerhall gefunden. Aus allen Teilen des Landes erhielt er Zustimmung. Mehr als 100 Unterschriften standen allein schon unter dem Gründungsaufruf. Dieser neueste Schritt hat aber auch die Gegner der ganzen Bewegung mobil gemacht. Die französischen Blätter nahmen in schärfster Weise dagegen Stellung. Und nun hat auch die Regierung eingegriffen. Sie geht jetzt mit Zwangsmaßnahmen gegen alle erreichbaren Glieder des Heimatbundes vor. Vorerst richtet sich ihre Tätigkeit gegen die Beamten. Allein 19 Geistliche beider Konfessionen sollen abgesetzt werden. Etwas derartiges hatte Deutschland in Elsaß-Lothringen nie nötig! Mit diesen Regierungsmaßnahmen, die zweifellos noch nicht abgeschlossen sind, ist nun der offene Kampf in Elsaß-Lothringen da. Die französische Regierung und das elsässische Volk stehen sich gegenüber. Diese Dinge haben überall im Ausland größtes Aufsehen erregt. Alle Blätter berichten darüber. Wir haben nun wieder wie vor dem Kriege eine elsaß-lothringische Frage!

Was nun? Wird die französische Regierung mit bloßen Gewaltmaßnahmen gegenüber der Autonomiebewegung Erfolg haben? Wird sie ihr vielleicht mit der Behebung der schlimmsten sachlichen Übelstände das Wasser abgraben können und wollen? Oder wird sich Frankreich dazu verstehen müssen, der Autonomie-

bewegung in irgend einer Form nachzugeben? Das Letztere scheint bei dem ganzen Aufbau des französischen Staates fast ausgeschlossen. Das Erstere halte ich für unwahrscheinlich. So wird die elsaß-lothringische Frage nicht so rasch gelöst werden.

Aarau, den 22. Juni 1926.

Hektor Ammann.

Tragischer Humor der Weltgeschichte.

Alle Welt weiß, daß die Vereinigten Staaten in den Weltkrieg eintraten, um den Militarismus zu vernichten, Recht und Freiheit zu schützen und für die Menschheit ein goldenes Zeitalter ewigen Friedens heraufzuführen. Wohl gibt es Zweifler, die behaupten, Amerika habe sich nur zum Krieg entschlossen, weil es die Bezahlung seiner ungeheuren, in überaus neutraler Weise der Entente gelieferten Waffen-, Munitions- und Lebensmittel-Sendungen ernstlich in Frage gestellt sah. Aber es ist nicht schön, so zu reden und das Strahlende zu schwärzen, das Erhabene in den Staub zu ziehen. Es genügt, diese skeptischen Menschenfeinde und Germanophile auf S. E. den Präsidenten Wilson sel. hinzuweisen, in dem das Ideal Gestalt gewann, oder auf die herrlichen Arbeiten des Völkerbundes, dem — wie wir von unsern Landesvätern bestimmt vernahmen — die Vereinigten Staaten nächstens beitreten werden. In dem Brief aus Amerika, den wir heute, am 21. Juni 1926, erhielten, stand zwar nichts hievon; umso mehr ist uns der Poststempel aufgefallen, der deutlich folgende Worte zeigte:

„Let's go citizen in military training camps".

Das mag doch wohl heißen: Laßt die Bürger in die militärischen Übungsfelder einrücken.

Ohne Anglizist zu sein, vermuten wir, daß dies ein anderer Ausdruck ist für „Rüsten wir endlich ab!" oder auch „Werden wir endlich Ragazianer!" Um sicher zu sein, erkundigten wir uns bei einem Englischlehrer. Der Herr bestätigte uns, daß „military training camps" wohl nichts anderes bedeuten könne als Schulhäuser, in denen staatsbürgerlicher Unterricht erteilt, Dogmatik, Warenkunde und japanische Sprache gelehrt würden. Möge die große, edle Schwesterrepublik uns auch hierin ein Vorbild sein! K. A. M.

Bücher-Rundschau

Bayern und die Reichsgründung.

M. Döberl: Bayern und Deutschland. Bayern und die Bismarck'sche Reichsgründung. Verlag von R. Oldenbourg, München und Berlin, 1925. 319 S.

Über die Umwandlung des norddeutschen Bundes zum deutschen Reich durch Abschluß der Verträge mit den süddeutschen Staaten im Jahre 1870 besitzen wir bereits eine umfangreiche Literatur. Für Baden kommt insbesondere die Schrift von Georg Meyer: Die Reichsgründung und das Großherzogtum Baden, Heidelberg 1896, für Württemberg die Arbeit von Eugen Schneider: Württembergs Beitritt zum Deutschen Reich 1870, Stuttgart 1920, für Hessen-Darmstadt die Ausgabe der Tagebücher Dalwigks von Schüßler und das Werk von E. Vogt: Die hessische Politik zur Zeit der Reichsgründung in Betracht. Auch für Bayern boten bisher schon Studien wie die von Erich Brandenburg, Georg Küntzel, K. A. v. Müller, Ottokar Lorenz u. a. wertvolle Aufschlüsse. Eine erschöpfende, auf den Akten ruhende Darstellung erhalten wir aber erst jetzt in dem vorliegenden wichtigen Werk des durch frühere Arbeiten über die bayerisch-deutschen Angelegenheiten schon